

Andi Andernacht zum CDU/Grüne-Antrag „Oberursels Pfad zur Klimaneutralität: Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes“



Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Magistratsmitglieder,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,  
liebe Gäste

Der heutigen Stadtverordnetenversammlung liegt ein Antrag einer Kooperationsgemeinschaft vor, die sich zum Ziel gesetzt hat, **einen Oberurseler Pfad zur Klimaneutralität** aufzuzeigen. Für die Fraktion DIE LINKE ist dies ein sehr wichtiges Thema, deshalb bedauern wir, dass dieser Antrag in vielen Punkten unklar bleibt. Dies beginnt schon damit, dass der Magistrat beauftragt wird, das – wie es im Antrag heißt – „**städtische**“ Klimaschutzkonzept zu einem „**integrierten**“ Klimaschutzkonzept weiterzuentwickeln. Worin nun das Unzureichende an einem „städtischen“ Konzept liegen soll und was nunmehr als „integrativer“ Mehrwert hinzukommen soll, - bleibt verborgen. Die Maßnahmen und Projekte, die Oberursel nun vorantreiben soll – handelt es sich hier um die schon im städtischen Konzept genannten oder um neue, „integrative“ Maßnahmen? - sie sollen jedenfalls Oberursel **zum Vorbild machen**. Das begrüßen wir natürlich ausdrücklich. Gerade auch deshalb, weil das aufgezeigte Ziel, das Erreichen der Klimaneutralität ist.

**Klimaneutralität** – das ist auch so ein Wort, das wir dringend mit Inhalt füllen müssen. Die Tage stand ich hinter einem hier nicht genannten Paketdienst, der wieder den Bürgersteig blockierte und mich mit seinen Dieselabgasen einnebelte. Da las ich voller Begeisterung auf dem Lieferwagen, dass mit diesem Paketdienst der Onlineversand jetzt klimaneutral möglich sei.

Sollte ich mich nun darüber freuen, dass jetzt mitten in Oberursel bereits ein Beispiel für gelebte Klimaneutralität vor mir stand? Neugierig wie ich bin habe ich dann mal nachgelesen und herausgefunden, wie man mit seinem Diesel soweit kommen kann. Auf einer einschlägigen Seite fand ich den Hinweis. Dort heißt es:

„Werden Emissionen nicht vermieden, bleibt nur, **die schädlichen Klimagase nachträglich an anderer Stelle wieder auszugleichen**. Dies geht allerdings nur rechnerisch, indem ein Unternehmen beispielsweise an Klimaschutzprojekte spendet oder in Wiederaufforstung investiert. Damit wird anderswo CO2 eingespart oder aus der Atmosphäre gebunden, das sich die Firma dann anrechnen lassen kann.“

Ehrlicherweise kam dann noch der Hinweis: „Die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch Kompensation ist sehr billig und spiegelt nicht die realen Schadenskosten wider.“

Nun war meine Neugier erst richtig geweckt: Was kann ich tun, um selbst klimaneutral zu werden. Ich habe dann mal auf der Internetseite eines Anbieters von

CO2-Zertifikaten meinen sogenannten CO2-Fußabdruck eingegeben, ich habe ihn dabei um 50% höher angesetzt als im Oberurseler Durchschnitt. Wesentliche Erkenntnis war dann für mich, dass ich mit einer Spende in Höhe von 210.-€ jährlich (steuerlich absetzbar!!) eine Urkunde erhalten kann, die mir Klimaneutralität bescheinigt.

**So** - da denke ich sind wir uns einig - kann und sollte der Oberurseler Pfad im Klimaschutz **nicht** eingeschlagen werden. Diese moderne Art des Ablasshandels bringt den Klimaschutz nicht wirklich voran.

Unser Ziel sollte die 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien sein bei Ausschöpfung der regional nutzbaren Quellen. Dies erreichen wir durch festgelegte Grenzwerte für den CO2-Ausstoß und nicht durch den marktbasieren Emissionshandel.

Welch absurde Auswüchse es gibt, zeigt das Beispiel des Tesla-Konzerns. Da er keine Verbrennerautos herstellt, ist der Zertifikatehandel seit Jahren seine lukrative Einnahmequelle. Insgesamt 3,3 Milliarden Dollar hat der Konzern laut CNN in den vergangenen fünf Jahren an den Zertifikaten verdient.

Wir halten es für erforderlich, dass wir bei all unseren Entscheidungen mit Bedenken, welche Auswirkungen diese auf die Klimaziele haben und überall nach Möglichkeiten suchen, Energie einzusparen, Wasser in der Natur zu halten, regenerative Energien zu nutzen und generell Ressourcen zu schonen.

Neben der Wende in der Energiepolitik brauchen wir auch eine Verkehrswende und ein Umsteuern in der Landwirtschaft, neue Ansätze in der Waldnutzung und zum Schutz des Grundwassers. Genügend Themen gibt es dazu vor Ort, von der Schaffung von Grünflächen, dem Ausbau der Photovoltaik bis hin zu verbrauchsabhängigen Wassergebühren.

Eine ökologische Politik, die diesen Namen verdient, muss zugleich eine soziale sein. Es kann doch nicht sein, dass **diejenigen**, die sich **kein** Niedrigenergiehaus bauen und **kein** neues E-Automobil leisten können letztendlich über ihre wegen der CO2-Abgabe höheren Heizkosten und Benzinpreise die Kosten des Klimaschutzes aufzubringen haben.

Auch wenn der Antrag von CDU und GRÜNEN viele Fragen offen lässt, in einem Punkt ist er klar und deutlich: wenn wir es schaffen wollen, die drohende Klimakrise abzuwenden, müssen wir schneller werden und konsequenter handeln. Ansonsten sind die im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Ziele nicht zu erreichen. Aus dem vorliegenden Antrag - so vage wie er ist - lesen wir die Bereitschaft, zum Beschreiten dieses Oberurseler Pfads.

Deshalb wird die LINKE diesem Antrag zustimmen und wir hoffen, in Zukunft **weitere, vielfältige und konkrete** Anträge vorgelegt zu bekommen und auch Zustimmung zu erhalten für **unsere Vorschläge** zum Klimaschutz.